



Liepnitzwald 2017? So nicht!



Erholungsort Angermünde 2017? So nicht!

Barnim/Uckermark, den 14. April 2016

Kommentierung der Bürgerinitiativen /Volksinitiative zum Beschluss des Regionalplans am 11. April

Regionalplanung verfehlt – Natur, Menschen und kommunale Interessen zu gering gewichtet

Mit der Verabschiedung des sachlichen Teilplans „Windnutzung, Rohstoffsicherung und –gewinnung“ haben die Regionalräte aus dem Barnim und der Uckermark einer verfehlten Regionalplanung zugestimmt. Damit wurde aus Sicht der Bürgerinitiativen aus dem Barnim und der Uckermark allein den Forderungen der Windlobby nach maximal möglicher Fläche gefolgt. Es hätte Spielraum gegeben, weniger Fläche auszuweisen, insbesondere bei den so genannten Restriktionskriterien wie ortskonkreten Belangen. Mit aktuell circa 650 Windkraftanlagen, davon über 500 in der Uckermark, wird heute schon der Windkraft substantiell Raum gegeben.

Immer wieder wurden die umstrittensten Gebiete und Problemfelder genannt – jedoch von Seite der Planer kein erkennbarer Versuch unternommen, hier eine für alle Seiten akzeptable Lösung zu finden. Daher sollte die Landesregierung diesen Plan nicht genehmigen sondern ihn zur Überarbeitung zurückgeben.

Die Bürgerinitiativen/Volksinitiative weisen auf die folgenden zehn Defizite hin:

1. Der Regionalplan wird zum falschen Zeitpunkt verabschiedet: Die Reform der EEG-Förderung auf Bundesebene hätte abgewartet werden müssen, um die Bürger und Unternehmen nicht noch weiter mit überhöhten EEG-Umlagen und Netzkosten zu belasten
2. Die Landesregierung plant eine Reform der Energiestrategie inklusive Flächenziel: Auch hier schafft der Regionalplan Tatsachen zugunsten der Windkraftlobby. Der Landesentwicklungsplan steht selbst auf sehr wackeligen Füßen. Bis zum nächsten Gerichtsurteil bleibt unsicher, ob er und damit seien Teilpläne überhaupt in Kraft bleiben kann. Sicherer wäre es daher, den aktuellen Plan aus dem Jahr 2004 weiterhin anzuwenden.
3. Panikmache, eine bedachte Politik würde zu „Wildwuchs“ führen, ist unbegründet. Zum einen gibt es den Regionalplan aus 2004, zudem erklärt § 35 Baugesetzbuch ganz klar, dass trotz Privilegierung öffentliche Belange beim Bau von Windkraftanlagen zu beachten sind.
4. Die Belange der Gemeinden werden schroff ignoriert: die Beispiele Ahrensfelde, Bernau, Wandlitz und Angermünde zeigen, dass die gemeindliche Willensbildung schlichtweg ignoriert wird.
5. Der Naturschutzhinweise blieben zu oft unbeachtet – Beate Blahy vom BUND hat es in ihrer Abschiedsrede eindringlich geschildert. (Zum Nachlesen siehe: http://www.crussow.bplaced.net/dokumente/Rede_BUND_Regionalversammlung.pdf)



Liepnitzwald 2017? So nicht!



Erholungsort Angermünde 2017? So nicht!

6. Windkraft im Wald darf es nicht geben – das ist nicht nur die Forderung der BI aus Wandlitz sondern inzwischen anerkannte Lehrmeinung.
7. Dass der Mindestabstand zu Wohnanlagen selbst mit den von den Regionalplanern gefeierten 1.000 Metern zu gering ist, beweist der demonstrative Hinweis des Vorstandsvorsitzenden von Enertrag, dass man zukünftig Anlagen bis zu 300 Meter Höhe plane!
8. Dass der neue Regionalplan nur 100 neue Windkraftanlagen zur Folge haben soll, muss ein Rechenfehler sein oder bewusste Irreführung. Die Planungsfläche ist um 40 Prozent von 1,5% auf 2,1% gestiegen. Bisher gibt es ca. 650 Windkraftanlagen. Das bedeutet rein rechnerisch mehr als 260 weitere Anlagen. Selbst eine – nicht begrüßenswerte - Verdoppelung der Anlagenhöhe würde zu mehr als 100 neuen Anlagen führen.
9. Die Bürgerinitiativen bemängeln eine Reihe von formalen Abwägungsfehlern, die möglicherweise in einem gerichtlichen Verfahren eine Rolle spielen werden. Dazu gehören Befangenheit einiger Regionalräte und die Missachtung von relevanten Argumenten.
10. Die etablierte Politik und die Regionalräte haben die Warnungen und Proteste der Bürgerinitiativen und betroffener Gemeinden weitgehend ignoriert. Die Bürgerinitiativen danken daher all denjenigen Mitbürgern und Politikern aus allen Parteien, die sich bis zum Schluss für die Sache und eine konstruktive Lösung eingesetzt haben – leider vergeblich. Das Volksbegehren ist nun eine letzte Chance für die Kritiker (www.vi-rettet-brandenburg.de/volksbegehren).

Deshalb unser Appell an die Landesplanung: Geben Sie diesen Planentwurf zurück an die Regionalplanung und fordern Sie eine Überarbeitung der umstrittenen Gebiete!

Bürgerinitiative „Keine neuen Windräder für Crussow“
Sprecher Rainer Ebeling

www.crussow-lebenswert.de
rainer.ebeling@crussow.de

Tel. 033338/70021
Mobil: 01746107940

Bürgerinitiative „Pro Liepnitzwald“
Sprecher Hans-Jürgen Klemm

www.pro-liepnitzwald.de
info@pro-liepnitzwald.de